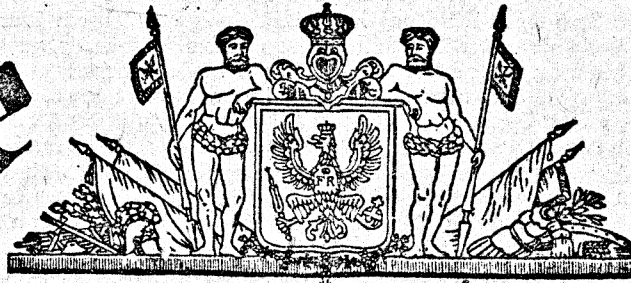


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags und Montags nur einmal. Sonntags die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatlich 15 Mark durch eigene Boten täglich frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 3 Mark u. 66 ²/₃ % Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortlich f. d. Redaktion (m. Ausnahme d. Handelsteils): i. V. Dr. W. H. Edwards in Bln. Wilmersdorf. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgegeben, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800 bis 11 852, sowie 15 277 und 15 281 bis 15 298. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Spa im Reichskohlenrat.

300 Millionen für Bergarbeiterheime.

Nach dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichstag befaßte sich gestern der Große Ausschuss des Reichskohlenrats in einer öffentlichen Sitzung mit dem Kohlenabkommen von Spa. Diese Sitzung war, wie der Vorsitzende Bergat Kleine, in seinen einleitenden Begrüßungsworten ausführte, schon von langer Hand einberufen worden, um die Kohlenpreise ab 1. August neu zu regeln. Die Ereignisse in Spa haben es dem Präsidium des Reichskohlenrats wünschenswert erscheinen lassen, nachträglich an die Spitze der Tagesordnung eine Erörterung über die Kohlenwirtschaftslage der Zukunft zu setzen.

Der Reichskohlenkommissar Geheimer Bergat Stutz, erklärte einleitend: Nach dem Ergebnis von Spa stehen der Entente ab 1. August monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle zu, das sind rund 900 000 Tonnen mehr als bisher. Aus diesem Zwang ergeben sich für die Kohlenwirtschaft zwei Aufgaben, und zwar einmal, sofort einen Lieferplan aufzustellen, der verbürgt, daß bereits im August 2 Millionen Tonnen an die Entente abgeliefert werden können, und andererseits planmäßig danach zu streben, die deutsche Wirtschaft in den Stand zu setzen, dauernd die Mehrlieferungen an Kohle abzuführen. Es ist bereits deutscherseits wie auch von der Entente ein Lieferplan aufgestellt worden, der die Befristung der verschiedenen Kohlenrenten an der Erfüllung des Abkommens regelt. Der deutsche Plan sieht im Gegensatz zur Entente eine geringere Beteiligung des Ruhrreviers und eine stärkere Beanspruchung Oberschlesiens vor. Der Reichskohlenkommissar hofft, daß die Entente schließlich dem deutschen Plan zustimmen wird, da er eine bessere Verteilung der Lasten vorzieht, und damit eine stärkere Gewähr für die wirkliche Innehaltung des Vertrages.

Eine der schwierigsten Fragen stellt die unbedingt notwendige Kürzung des Kohlenbezuges einzelner Verbrauchergruppen dar. Hier konnte ein kleiner Abstrich bei den Eisenbahnen vorgenommen werden, die im August nur den wirklichen Kohlenbedarf decken werden, während sie bisher auf eine Bevorratung rechnen konnten, die für die Herbst- und Wintermonate bestimmt war. Ein erhöhtes Interesse muß die Kohlenwirtschaft der Umstellung des Verbrauchs von Steinkohle auf Braunkohle von jetzt ab widmen. Beim Hausbrand ist diese Umstellung bereits vor Spa in Angriff genommen worden. Für ihn kommt deshalb eine weitere Einschränkung nicht mehr in Betracht. Das gleiche gilt von den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken. Dagegen muß sich die Industrie eine starke Kürzung gefallen lassen. Sie wird im August auf 108 000 T. verringert gegenüber 232 000 im Mai. Darüber hinaus ruht die ganze Last der Mehrlieferungen an die Entente auf der Industrie, einschließlich der Südtungelwerke. Hier wird ein Abstrich von rund 18 v. H. unvermeidlich sein, eine Einschränkung, die nach Ansicht des Reichskohlenkommissars von der Industrie auf die Dauer gar nicht getragen werden kann.

Darum ist die Hauptaufgabe für unsere Kohlenwirtschaft eine Erweiterung der Brennstoffbasis und vor allem eine starke Ersparnis an Brennstoffen durch Verbesserung unserer Wirtschaft und durch stärkere Kontrolle des Kohlenverbrauchs. Dabei wäre naturgemäß das Angenehmste eine Erhöhung der Kohlenförderung zu erreichen, aber die Aussichten hierfür sind wenigstens für den Steinkohlenbergbau nicht sehr günstig, da die Förderleistungen der Untertage-Arbeiter dauernd im Sinken begriffen sind. Die Hauptschuld an dieser Tatsache trägt, abgesehen von der mangelnden Unterkunft die unzureichende Ernährung der Bergarbeiter. Allerdings werden es hoffentlich die finanziellen Abmachungen von Spa ermöglichen, für bessere Ernährung und Bekleidung zu sorgen. Günstiger sieht es um die Aussichten im Braunkohlenbergbau aus, dessen Förderleistung eine aufsteigende Kurve zeigt. Diese Steigerung kann aber nur dann anhalten, wenn für den Braunkohlenbergbau, insbesondere für die Rohbraunkohle ein ausreichender und wachsender Absatz geschaffen und sichergestellt wird. Zu diesem Zweck muß sich die Industrie in der Nähe der Braunkohlengruben vom Steinkohlenbedarf auf den Bezug von Rohbraunkohle umstellen. Bisher standen einer stärkeren Verwendung der Rohbraunkohle Transportbeschränkungen gegenüber, die aber nach Verhandlungen mit dem Eisenbahn-Minister zunächst ganz beseitigt und für spätere Termine stark gemildert worden sind. Zur Erweiterung der Brennstoffbasis dient ferner eine bessere Ersaffung und Verwendung von Torf und Holz, die zur Folge haben wird, daß man namentlich torfreichen Gegenden vorübergehend den Kohlenbezug gänzlich sperren wird.

Was nun die Verbesserung der Wirtschaft anbelangt, so sollen technische Vervollkommnungen bei den Heizvorrichtungen der Industrie einen besseren Heizeffekt hervorrufen, während der Ausbau moderner Anlagen der Erzielung von besserer Kraft-

effekten dienen soll. Auch an eine Zusammenlegung kleinerer und unrationeller Betriebe zum Zwecke der Kraft- und Kohlenersparnis wird man mehr als bisher denken müssen.

Einschränkung des Lichtverbrauchs.

Ein besonderes Kapitel in den Ausführungen des Reichskohlenkommissars bildete die Notwendigkeit einer stärkeren Einschränkung des Lichtverbrauchs in den Großstädten, und ganz besonders in Berlin. Nach Ansicht des Reichskohlenkommissars macht es besonders im Ausland einen üblen Eindruck, daß Berlin eine so ausgedehnte Polizeistunde hat und daß in minderwertigen Vergnügungstätten ein übermäßiger Aufwand mit Licht und Kraft getrieben wird. Hier Wandel zu schaffen, hat der Reichskohlenkommissar bisher vergeblich versucht. Er mußte aber zugeben, daß die Ersparnisse, die auf diesem Gebiete an Brennstoffen erzielt werden können, kaum ins Gewicht fallen werden. Trotzdem glaubte Geheimrat Stutz behaupten zu sollen, daß nicht zuletzt das Berliner „Lichtmeer“ an dem traurigen Ausgang der Verhandlungen in Spa schuld gewesen ist!

Der Schluß seines Vortrages galt im übrigen einer verschärften Kampfansage gegen den Schleichhandel. Er erwähnte hierbei, daß die Nachrichten hierüber meist stark übertrieben wären. Ihm sind bisher nur zwei greifbare Fälle bekannt geworden. Es handelte sich insbesondere um die Einfuhrung des sogenannten Sonntags-schicht-Abkommens in Oberschlesien. Tatsächlich sind die hierbei geförderten Kohlenmengen zum großen Teil mit erheblichen Ueberpreisen in den Schleichhandel gewandert.

Als erster Diskussionsredner sprach der Generalsekretär des Reichskohlenrats Königter über die Organisation der Kohlenverteilung. Seine Ausführungen gipfelten in einer recht trüben Beurteilung der Kohlentransportfrage für den Herbst. Von anderen Diskussionsrednern wurde angeregt, dem Gleichhandel, namentlich im Kleingewerbe, mehr als bisher zu Leibe zu gehen, da es die Spagen von den Dächern pfeifen, daß besonders in Berlin beim Kleinverbrauch an Kohlen stets Gewichts-differenzen zu beobachten sind. Verlangt wurde ferner, dem Schleichhandel mit Deputatkohle dadurch zu steuern, daß man die nicht eingelieferten Deputatscheine den Bergarbeitern in Form von Barlohn zurückergütet. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß die Ernährung der Bergarbeiter einer starken Aufbesserung bedarf, daß es aber andererseits ihrer intensiven Mitarbeit bedarf, wenn die Kohlenverpflichtungen der Entente gegenüber restlos erfüllt werden sollen. Nachdem noch einzelne Interessenten für eine stärkere Bricketierung der Rohbraunkohle eingetreten waren, kam der Vertreter der Reichsregierung zu Wort.

Staatssekretär Professor Hirsch

begrüßte die Bereitwilligkeit aller Kreise zur Mehrarbeit und gab der Erwartung Ausdruck, daß, wenn die Entente ihre Zusagen hinsichtlich der ober-schlesischen Kohlenlieferungen und hinsichtlich der Finanzhilfe pünktlich innehalte, es möglich sein wird, die deutsche Wirtschaft vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Eine Verbesserung der Ernährung der Bergarbeiter ist eingeleitet und wird schon in den nächsten Tagen zu praktischen Erfolgen führen. Das gleiche gilt von der Bekleidung der Belegschaften im Bergbau. Auch die dringendste Frage, nämlich die Schaffung von Unterkunfts-möglichkeiten für die verstärkten Belegschaften steht unmittelbar vor ihrer Lösung. Unter Zustimmung des Reichstages ist aus Staatsmitteln ein sofort verfügbarer Fonds von 300 Millionen M. für die Errichtung von Bergmannsheimen geschaffen worden. Eine intensivere Vorberücksichtigung widmet die Regierung ihr erhöhtes Augenmerk. Sodann soll die Einfuhr von Heizöl und sonstigen vom Bergbau dringend benötigten Brennstoffen gesteigert werden. Auf Veranlassung des Reichschatzministeriums werden in erster Linie die Reichswerke sich in Zukunft der Erzeugung von Bergwerksmaschinen und namentlich Bricketieranlagen befassen.

Schließlich kam Staatssekretär Hirsch auch auf die beabsichtigte Neuorganisation der Kohlenwirtschaft zu sprechen und betonte unter lebhaftem Beifall, daß es keinesfalls in der Absicht der Regierung liege, neue Behörden zu schaffen. Vielmehr werde ein Abbau angestrebt, vor allem aber eine Vereinfachung durch Zusammenfassung. Mit der Kohlenwirtschaft wird sich nach dem Abkommen von Spa in erster Linie das Reichswirtschaftsministerium und, soweit Arbeiterfragen eine Rolle spielen, das Reichsarbeitsministerium zu befassen haben.

Bei der Kohlenverteilung sollen in Zukunft die Arbeiter mitzureden haben, wie überhaupt die Bergarbeiter namentlich in der Bekämpfung des Schleichhandels mehr als bisher herangezogen werden sollen. Wahrscheinlich wird in Zukunft der Regierung ein kleiner Beratungskörper von maßgebenden Sachverständigen in kohlenwirtschaftlichen Fragen zur Seite stehen. Dieser kleine Ausschuss soll mit gewissen Exekutivvollmachten, die dem Reichskohlenkommissar heute noch fehlen, ausgestattet werden.

Die Neutralen in Japan.

Eigener Bericht der „Vossischen Zeitung“.

Tokio, 8. Juni 1920.

Wir wollen endlich auch öffentlich denen unter den Neutralen unseren Dank aussprechen, die sich während des Krieges eine anständige Gesinnung bewahrt und sie auch offen zu zeigen gewagt haben. Die Zahl solcher aufrechten Männer war in Japan, wie wohl in allen feindlichen Ländern, nicht gerade groß, hätte aber — entsprechend der uns keineswegs feindlichen Gesinnung des japanischen Volkes, das sich nicht scheute, das unbedenklich auszusprechen — hier sehr wohl größer sein können als anderswo.

Gelegenheit zu dieser öffentlichen Dankagung bietet die folgende Notiz in einer hiesigen Zeitung: „Herr Gustav O. Wallenberg, früher schwedischer Gesandter in Tokio, ist kürzlich zum Gesandten in Konstantinopel ernannt worden. Da seine Abreise demnächst zu erwarten ist, hat Herr E. Hioki, der Gesandte Japans in Schweden, ihn aufgejuchet und ihm das Bedauern seiner Regierung darüber ausgesprochen, daß sie sich bezüglich gewisser, mit Herrn Wallenbergs Weggang von Tokio zusammenhängenden Angelegenheiten habe falsch informieren lassen.“

Um dies handelt es sich in aller Kürze: In Sibirien hat sich während des Krieges das Schwedische Rote Kreuz, wie das hoffentlich in Deutschland genügend anerkannt worden ist, durch seine aufopfernde Tätigkeit die allergrößten Verdienste um unsere Kriegsgefangenen erworben. Ein Mitglied dieser Mission, Herr S. Neander, kam im Oktober 1917 nach Tokio, um nach langer Tätigkeit in Sibirien eine wohlverdiente Ruhe zu genießen und vor der Heimkehr noch im Auftrage der Gesellschaft vom Roten Kreuz die japanischen Kriegsgefangenenlager zu besuchen. Im Laufe der folgenden Monate konnte er diesen Plan mit Genehmigung der japanischen Regierung zur großen Freude der Gefangenen ausführen und auf Grund seiner Erfahrungen und Beobachtungen dem „Deutschen Hilfsauschuß“ in Tokio wertvolle Ratsschläge für seine Arbeiten geben. Anfang Februar trat er die Heimreise nach Schweden über Sibirien an, sollte jedoch nicht weit kommen. In Fusan, dem koreanischen Hafen, wurde er als verdächtig festgehalten, sein Gepäck wurde durchsucht, ohne daß Belästigungsmaterial gefunden wurde, ein paar Gepäckstücke, die durch die schwedischen Gesandtschaft als amtliche Post gekennzeichnet waren, durfte die Gendarmarie jedoch nicht ohne weiteres öffnen. Sofort trat natürlich die deutschfeindliche Presse in Aktion, besonders die „Nishinichi“ erzählte die wildesten Räubergerüchten. Gleichzeitig begann die offene Hege gegen Herrn Wallenberg, der schließlich die Einwilligung dazu gab, die Poststücke in Gegenwart der japanischen Gendarmarie durch einen Herrn der Gesandtschaft öffnen und auf ihren Inhalt prüfen zu lassen. Verdächtiges wurde nicht gefunden, Neander erhielt Erlaubnis, weiterzureisen, mußte aber, da inzwischen die Bahnfahrt durch Sibirien unmöglich geworden war, bleiben und ist, wenn wir nicht tären, schließlich auf dem Wege über Amerika heimgekehrt. Herr Wallenberg aber wurde seitdem, obwohl er gewiß nichts getan hatte, was der allerstrengsten Auffassung des Neutralitätsbegriffes zumidergelaufen wäre, von den Spionen und Detektiven der englischen Botschaft scharf überwacht und von den alliierten Diplomaten gesellschaftlich boykottiert. Offenbar wurde von gleicher Seite auch in Schweden gegen ihn agitiert; der Zustand wurde unerträglich, Herr Wallenberg legte sein Amt nieder, ein sicherer Freund der Alliierten wurde zu seinem Nachfolger ernannt.

Wenn die japanische Regierung jetzt erklärt, daß sie sich habe irtüthümlich lassen, so ist das gerade deshalb von deutscher Seite freudig zu begrüßen, weil Herr Wallenberg in Tokio offen und ehrlich neutral aufgetreten ist, und sich nicht, wie die meisten andern es taten, hat bestimmen lassen, den den Alliierten allein genehmen Kurs einzuschlagen und bedingungslos einzuhalten. Die japanische Regierung hatte damals gewiß weder den Wunsch, noch das Interesse, den schwedischen Gesandten zu brüskieren, konnte und wollte sich aber vielleicht bei der Ungemessenheit der Kriegslage und der sonstigen Mißstimmung der Alliierten über die Art, wie ein Teil der japanischen Presse über die „Freunde“ herzog, nicht zugunsten eines Neutralen mehr als durchaus nötig engagieren. Bei der ganzen Hege mögen übrigens auf Seiten Englands sehr wohl wirtschaftliche Interessen mitgesprochen haben, da damals die schwedische Industrie immer stärker ins Japangeschäft eindrang, wobei sie an dem Gesandten einen eifrigen Förderer hatte.

Nicht ganz so weit wie mit Herrn Wallenberg kamen die Engländer und Amerikaner mit Herrn Caro, dem japanischen Gesandten, der die Interessen Oesterreich-Ungarns zu vertreten hatte. Weil er aus seinen durchaus nicht immer alliiertenfreundlichen Ansichten kein Geheimnis machte, wurde auch er boykottiert, doch er „wandte sich, so daß bewundern jene seinen Rücken künnt“. Keß sich's nicht ansetzen und verlegte seinen Wohnsitz einfach nach Yokohama. Sie werden ihm den Streich nicht vergehen.